

## Die Ratssitzung am 12.12.2019



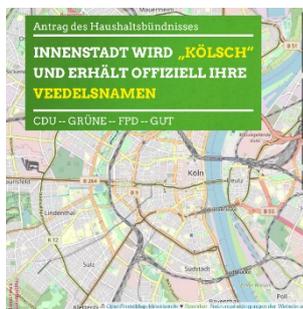
Die letzte Ratssitzung des Jahres hatte thematisch einiges zu bieten. Angefangen bei einer von der SPD angezettelten Aktuellen Stunde zur Frage der Dienstwagen des Stadtvorstandes über die mögliche Umbenennung von Stadtteilen in der Innenstadt bis hin zur Etablierung eines dritten Frauenhauses und der möglichen Ausrichtung der IAA in Köln war es ein bunter Strauß an Themen, die in der gut siebenstündigen Ratssitzung behandelt wurden. Besonders wichtige Beschlüsse waren sicherlich der Antrag zur Schaffung eines dritten Frauenhauses sowie eine weitere soziale Erhaltungssatzung. Welche weiteren Beschlüsse gefasst wurden, könnt Ihr im nachfolgenden Bericht aus der Ratssitzung nachlesen.

### Aktuelle Stunde im Rat: Antrag der SPD-Fraktion „ Stadt Köln steht zu Ford“



In einer von viel Populismus geprägten Debatte ging es um die Frage, von welchem Hersteller zukünftig die Dienstwagen des Stadtvorstandes sein sollen. Hintergrund der Aktuellen Stunde sind die Überlegungen, auch bei der Stadtspitze Fahrzeuge mit alternativen Antriebsformen zu testen. Bereits 2016 hatte der Rat [einstimmig beschlossen](#), dass bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen immer mitgeprüft werden soll, ob Fahrzeuge mit alternativen Antriebsformen (z.B. Elektro- oder Wasserstoffantrieb) angeschafft werden können. Aus der Tatsache, dass nun bei drei von 14 Autos ein anderer Hersteller als FORD testweise zum Zuge kommen sollte, versuchten vor allem SPD und LINKE die Geschichte zu erzählen, dass die Stadt sich von Ford abwenden würde. Dies ist natürlich nicht der Fall. Bereits im Frühjahr verabschiedete der Rat eine Resolution und bekannte sich ausdrücklich zu Ford und solidarisierte sich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Und auch diese Aktuelle Stunde wurde mit einer [Resolution](#) abgeschlossen, in der sich Rat weiterhin hinter Ford stellt, aber eben auch seine eigenen Beschlüsse bezüglich Umwelt- und Klimaschutz ernst nimmt.

### Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die GRÜNEN, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Aufwertung der Veedel im Stadtbezirk Innenstadt zu Stadtteilen“



Ein Thema, welches zumindest im Kölner Rat schon seit langer Zeit immer mal wieder diskutiert wurde: Brauchen die Stadtteile in der Innenstadt offizielle Bezeichnungen, die dem alltäglichen Sprachgebrauch der Kölnerinnen und Kölner entsprechen, wie z.B. Ursulaviertel oder Rathenauviertel? Mit diesem [Antrag](#) des Haushaltsbündnisses wird die Verwaltung aufgefordert, eine entsprechende Vorlage zu erstellen und u.a. darzulegen, welche historischen Gründe es für eine mögliche Umbenennung geben könnte, denn nicht jede momentan diskutierte Bezeichnung ist sinnvoll oder entspricht der Praxis. Für uns GRÜNE ist außerdem wichtig, dass es bei dem Prozess der Neubenennung eine adäquate Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger gibt, denn diese wissen schließlich am besten, wie sie das Veedel, in dem sie leben, gerne nennen.

## **Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Wohnen für Studierende und Auszubildende auf dem Gelände des Justizzentrums möglich machen! - Wohnen. Bezahlbar. Machen.“**



Das bestehende Justizzentrum an der Luxemburger Straße weist einen erheblichen Sanierungs- und Modernisierungsbedarf auf, der nach Einschätzung des Landes nicht bei laufendem Geschäfts- und Sitzungsbetrieb zu beheben ist. Deshalb soll in unmittelbarer Nähe der Bestandsgebäude ein neuer Gebäudekomplex für das Land- und Amtsgericht Köln und die Staatsanwaltschaft Köln, nach erfolgtem Wettbewerb, errichtet werden. Einleuchtend ist, dass dann die jetzigen stark sanierungsbedürftigen Bürogebäude leer stehen werden. Und klar ist auch, dass dies einer zeitigen Planung bedarf. Die SPD möchte mit ihrem [Antrag](#) aber an dieser Stelle Wohnen vorgeben. Wir möchten dies mit der Öffentlichkeit diskutieren und haben deshalb einen [Änderungsantrag](#) eingebracht, für die freiwerdenden Flächen und Gebäude im Stadtteil Sülz die Verwaltung zu beauftragen:

1. mit der Landesregierung in Gespräche über eine mögliche Nachnutzung des jetzigen Justizzentrums zu treten mit dem Ziel, zu gegebener Zeit eine Machbarkeitsstudie über mögliche Nachnutzungsoptionen, mit und ohne Gebäudeerhalt, zu beauftragen.
2. mit der Landesregierung zu vereinbaren, dass die Stadt nach Abschluss der notwendigen Entbehrlichkeitsprüfung über etwaige Verkaufsabsichten umgehend in Kenntnis gesetzt wird.

Denn eins ist klar, das Land wird erst in ein paar Jahren entscheiden, was es mit dem Gelände und Gebäuden machen will und bis dahin macht es weder Sinn, Pläne zu schmieden, noch Verfahren zu starten.

## **Antrag von RM Wortmann (Freie Wähler Köln) betreffend „Freie Wähler fordern 2 dauerhafte Einrichtungen für Reisebusse im Stadtgebiet“**



Ein [Antrag](#), der nicht wirklich beraten werden muss, da es für Köln bereits einen rechtsrheinischen Haltepunkt für die Fernbusse mit einer kompletten Infrastruktur am Köln/Bonner Flughafen und direkter Bahnanbindung an den Kölner Hauptbahnhof gibt und linksrheinisch mit dem Busterminal am Kuhweg ein attraktiver Halt für die Touristenbusse geschaffen wird. Auch hier gibt es eine direkte Bahnanbindung zum Kölner Hauptbahnhof. Zusätzlich sollen die Köln-Touristinnen und -Touristen an der Gereonsstraße mit Elektro/Hybridbussen eingesammelt und zum Standort Kuhweg (Riehl) gebracht werden. Komfortabler geht es nicht mehr. Deshalb haben wir den Antrag auch abgelehnt.

## **Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die GRÜNEN, FDP und der Gruppe GUT betreffend „Gegen Gewalt an Frauen - Drittes Frauenhaus“**



Mit dem [Antrag](#), eine Immobilie für ein 3. Frauenhaus in Köln zu finden, stellt sich das Haushaltsbündnis aus CDU/GRÜNE/FDP und Ratsgruppe GUT der Verantwortung, Schutzräume für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen zu erweitern. Im letzten Jahr mussten 632 Frauen von den beiden bereits existierenden Frauenhäusern in Köln abgewiesen werden. Das kann nicht sein! Denn nicht nur aus Menschlichkeit, sondern vor allem aufgrund der Istanbul-Konvention sind wir verpflichtet, Schutzräume und präventive Ansätze auszubauen. Der Antrag wurde einstimmig vom Rat beschlossen.

## Antrag der Gruppe GUT betreffend „Mobilitätsmesse in Köln“



Die IAA ist auf der Suche nach einer neuen Heimat, ob Köln hierfür die richtige Heimat sein kann, wurde im Rat leidenschaftlich debattiert. Der ursprüngliche Antrag der Gruppe GUT sah vor, dass in Köln zwar eine Mobilitätsmesse stattfinden soll, hierzu aber nicht mit dem bisherigen Ausrichter der IAA, dem Verband der Automobilindustrie (VDA) gesprochen werden dürfe.

Für uns GRÜNE ist klar: Wenn die IAA nach Köln kommen sollte, dann geht dies nur, wenn sich die Messe neu erfindet. Eine reine Leistungsschau der PS-Protze lehnen wir ab. In einem von den GRÜNEN initiierten Änderungsantrag, der schließlich von allen demokratischen Fraktionen mitgetragen wurde, wurden die klaren Kriterien gesetzt, unter denen eine Mobilitätsmesse auch in Köln stattfinden kann: Städtische Flächen werden nicht für reine Autoshowings zur Verfügung gestellt und im Vordergrund sollen die Schwerpunkte „Verkehrswende“, „Autonomes Fahren“, „Mobilitätsverbindungen zwischen unterschiedlichen Verkehrsträgern“ sowie „Innovative Wasserstoff- und Elektromobilität“ stehen. Außerdem sollen in den Dialog um die Mobilität der Zukunft neben der Industrie auch Universitäten und Forschungseinrichtungen sowie die Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen eingebunden werden. Wenn der VDA bereit ist, diese Bedingungen zu erfüllen, dann ist Köln auch gerne Gastgeberin!

## „Frischezentrum – Klarheit schaffen“



Erneut war die Verlagerung des Großmarkts in das Gewerbegebiet Marsdorf Thema im Rat. Dieses Mal wärmte Ratsmitglied Wortmann (Freie Wähler) seinen alten Antrag aus der Ratssitzung vom 07.11.2019 wieder auf. Sein Vorschlag: Der Großmarkt soll privatisiert werden. Eigentlich wollte er aber den Rat davon überzeugen, in Marsdorf kein modernes Frischezentrum zu bauen. Nur stand dies nicht in seinem Antrag.

Nach der Ratsdebatte zog er seinen Antrag zurück. In der Ratsdiskussion schlug die grüne Ratsfraktion einen Ersetzungsantrag vor: Demnach soll die Verwaltung im nächsten Wirtschaftsausschuss darlegen, wie es nun weitergeht: der Zeitplan zur Schaffung des Planungs- und Baurechtes in Marsdorf, für konzeptionelle Planung einschließlich einer Kostenkalkulation für die Immobilie Frischezentrum und für die Entwicklung eines Betriebs- und Trägerkonzeptes in Kooperation mit den Frischezentrums-Akteuren. Damit griffen GRÜNE und CDU auch den Änderungsantrag von SPD und Linke auf, allerdings befreit um Dinge, die noch nicht entschieden sind – nämlich: Von wem soll das Frischezentrum gebaut werden?

Ursprünglich hat der Rat die städtische Gebäudewirtschaft beauftragt, was allerdings angesichts des Vorrangs für den Schulbau unrealistisch ist. Aber der Rat hat die Verwaltung 2016 auch beauftragt, den schlüsselfertigen Bau des Frischemarkts durch einen Generalübernehmer zu prüfen. Durch die Ratsbeschlüsse vom 11.07.2017 und 15.03.2016 ist der Handlungsauftrag an die Verwaltung klar gesetzt. Für seine Umsetzung setzen wir uns mit aller Kraft ein. Nachdem der Rat sich 2007 auf Basis eines Standortauswahlverfahrens für Marsdorf entschieden hat, wurde die Verwaltung durch Ratsbeschluss am 11.07.2017 ausdrücklich beauftragt, die Planung für Marsdorf fortzusetzen. Die Umsetzung muss aber nun auch beschleunigt werden. Denn ab 2024 muss der alte Großmarkt für das neue Stadtquartier ‚Parkstadt Süd‘ weichen.

## **Behindertenpolitik: Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Stadtbibliothek Köln und der Museen der Stadt Köln**



Der Rat hatte 2016 im Rahmen der 2. Fortschreibung des Handlungskonzeptes Behindertenpolitik die Verwaltung beauftragt, die Benutzungs- und Entgeltsordnungen in städtischen Sportstätten, Kultur- und Bildungseinrichtungen anzugleichen, so dass Schwerbehinderte Menschen auf Nachweis 50% Ermäßigung erhalten und eine berechtigte Begleitperson eines Schwerbehinderten mit dem Vermerk „B“ im

Schwerbehindertenausweis zudem eine kostenlose Eintrittskarte erhält.

Die Benutzungs- und Entgeltsordnungen der [Stadtbibliothek Köln](#) und der [Museen der Stadt Köln](#) wurden nun entsprechend angepasst.

## **Fortschreibung der priorisierenden Schulbaumaßnahmenliste**

Die Fortschreibung der priorisierenden Schulbauliste verbessert durch Clusterung die Umsetzung durch sinnvolle Zusammenfassung einzelner Baumaßnahmen.

Weiter sind zu den 59 in Planung und Bau befindlichen Maßnahmen zwei weitere hinzugekommen. Zu Anfang des neuen Jahres wird eine weitere detaillierte zur Beschleunigung der Baumaßnahmen dienende Fortschreibung erfolgen.

[Beschlussvorlage](#)

## **Weiterentwicklung des Programms „Lebenswerte Veedel“**



Mit der [Beschlussvorlage](#) zur Weiterentwicklung des Programms „Lebenswerte Veedel“ wird den Beschlüssen des Haushaltsbündnis von CDU/GRÜNEN/FDP und Ratsgruppe GUT zum Haushalt 2019 und zum Doppelhaushalt 2020/21 Rechnung getragen.

Mit den Beschlüssen wurde die Verwaltung beauftragt, das seit 2005 bestehende Programm „Lebenswerte Veedel“ konzeptionell weiterzuentwickeln und in einem 2. Schritt auszuweiten. Hierfür

wurden in 2019 200.000€ und ab 2020 500.000€ jährlich politisch zugesetzt.

Das Leitziel des Programms „Lebenswerte Veedel –Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ besteht dabei darin, die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger in festgelegten Sozialraumgebieten, die sich durch prekäre Lebensverhältnisse der Einwohnerinnen und Einwohner auszeichnen, zu verbessern. Durch die Weiterentwicklung wird dies nun in weiteren Sozialräumen vorangetrieben. Ein wichtiger Schritt in Richtung gleichwertiger Lebensverhältnisse in unserer Stadt.

## **Beschluss über die Planung und Durchführung eines Wettbewerblichen Dialogverfahrens sowie der anschließenden integrierten Planung zur Entwicklung eines städtebaulichen Masterplans auf Grundlage des Leitbildes Kreuzfeld – Ein gutes Stück Köln**

Die Planung für einen komplett neuen Stadtteil wie Kreuzfeld braucht neben viel Sachverstand und moderner Planungskompetenz auch einen guten Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Im Kölner Norden soll ein ökologisch moderner und klimafreundlicher, quirliger, grüner und mit der „Reststadt“ gut vernetzter Stadtteil geplant und entwickelt werden. Neben den dringend benötigten Wohnungen sollen hier auch modernes Arbeiten und Bildung vor Ort miteinander verknüpft und nicht die Fehler der

großen Stadtentwicklungsprojekte aus den 70er Jahren wiederholt werden. Deshalb begrüßen wir, dass für die weiteren Planungen ein wettbewerbliches [Dialogverfahren](#) durchgeführt werden soll und setzen darauf, dass sich in den weiteren Planungsschritten fortschrittliche und klimafreundliche Planungen durchsetzen werden und diese auch weiterhin eng mit der Bürgerschaft entwickelt werden.

## Generalsanierung der Sportanlagen Fühlinger Weg und Martinusstraße und der Bezirkssportanlage Bocklemünd



Die [Vorlagen](#) zur Generalsanierung der drei Sportanlagen enthielten erstmals eine umfassende Abschätzung der Klimafolgen – auch ein Resultat des im Sommer ausgerufenen Klimanotstandes! In den Vordergrund gestellt wurden bei den Sanierungen hierbei u.a. ein ressourcenschonender Umgang mit Flächen sowie die Entsiegelung und der Grundwasserschutz. Ebenfalls einbezogen wurden die Förderung von emissionsfreier

Mobilität sowie eine Optimierung der Nachhaltigkeit bei der Beleuchtung.

Die Anlage des [SV Auweiler-Esch 59 e.V.](#) erhält nun ein Groß- und ein Kleinspielfeld sowie eine Laufbahn mit Sprunggrube und wird somit dem tatsächlichen Bedarf der Nutzerinnen und Nutzer angepasst. Hierbei werden aus den vorhandenen Tennenplätzen Kunstrasenplätze mit Sand-/Korkgranulatfüllung.

Die Sportanlage am [Fühlinger Weg](#) erhält ebenfalls ein Groß- und Kleinspielfeld, hinzu kommen die Sanierungen der Leichtathletikanlage sowie der Wege und der Entwässerung. Schließlich wird auch noch die Bezirkssportanlage in Bocklemünd saniert.

## Kölner Kinder stärken! - 184 Tausend Junge Chancen fördern! Umsetzung der Landesinitiative „ Kommunale Präventionsketten“



Kinder und Jugendliche, die aus ökonomisch prekären Verhältnissen kommen, stehen im Fokus dieser Initiative. Ziel ist es, ihre Chancen auf ein gesundes Aufwachsen und Teilhabe an allen gesellschaftlichen Bereichen zu stärken und der bestehenden Benachteiligung entgegen zu wirken. Hierzu sollen die Präventionsketten der unterschiedlichen Hilfemaßnahmen besser miteinander verzahnt und ergänzt werden. Modellhaft soll dabei auch ausprobiert werden, wie Grundschulen als Anlaufstellen für Beratung und Unterstützung auch seitens der Eltern genutzt werden können. Hier soll auf den positiven Ergebnissen der Familienzentren der Kitas

aufgebaut werden.

Wir finden, das ist eine gute Idee!

[Beschlussvorlage](#)

## Beschluss über die Soziale Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch für das Severinsviertel in der Kölner Innenstadt

Einsatz des Instruments der Sozialen Erhaltungssatzung

Maßnahme aus dem Stadtentwicklungskonzept Wohnen (StEK Wohnen)

Hier: Beschluss über die Soziale Erhaltungssatzung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2

Baugesetzbuch für das Severinsviertel in der Kölner Innenstadt

Seit gut zwei Jahren arbeitet die Verwaltung nun an der Aufstellung der nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Baugesetzbuch (BauGB) Möglichkeit, zum Erhalt der Zusammensetzung der

Wohnbevölkerung Soziale Erhaltungssatzungen zu beschließen. Endlich liegt nun für das [Severinsviertel](#) eine Soziale Erhaltungssatzung vor, denn dort gibt es noch viele für mittlere und kleine Haushalte geeignete Wohnungen, bei denen die Bestandsmieten unter dem innenstädtischen Durchschnitt liegen. Diese Bestandsmieten vor dem Anstieg aufgrund von baulichen Veränderungen und erheblich umlagefähigen Modernisierungen zu schützen, ist ein äußerst wichtiger Faktor einer Erhaltungssatzung. Deshalb unterstützen wir den Einsatz dieses Instrumentes für ganz Köln. Mülheim wird wohl das nächste zu beschließende Gebiet sein, denn die notwendigen Zahlen für den Erlass der Satzung liegen vor, die anderen Stadtteile werden sukzessive von der Verwaltung untersucht und beobachtet.

- 
- [Die komplette Tagesordnung der Ratssitzung inkl. aller Vorlagen](#)

**Impressum:**

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kölner Rat  
Rathaus – Spanischer Bau \* Rathausplatz 1 \* 50667 Köln Tel.: 0221 – 211 25919 \* Fax: 0221 – 221 24555  
Mail: [Gruene-fraktion@stadt-koeln.de](mailto:Gruene-fraktion@stadt-koeln.de) [www.gruenekoeln.de](http://www.gruenekoeln.de)  
V.i.S.d.P.: Lino Hammer, Fraktionsgeschäftsführer